



Die politische Landschaft Europas erlebt derzeit ein bemerkenswertes Paradox: Führungsfiguren aus ideologisch entgegengesetzten Lagern entdecken in der demonstrativen Abgrenzung von Donald Trump eine gemeinsame Strategie. Was einst als transatlantische Achse galt, wird zunehmend zur innenpolitischen Projektionsfläche – und zum Risiko.

Der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez nutzt die Konfrontation mit Washington gezielt zur Mobilisierung seiner politischen Basis. Seine scharfe Ablehnung amerikanischer Militärpolitik und protektionistischer Maßnahmen fügt sich in ein Narrativ, das innenpolitische Schwächen überdeckt. In einer Phase, in der Korruptionsaffären sein Umfeld belasten und Umfragewerte schwanken, wirkt die außenpolitische Polarisierung stabilisierend. Die klare Frontstellung gegenüber Trump dient dabei weniger der geopolitischen Neujustierung als vielmehr der innenpolitischen Selbstbehauptung.

Ein ähnliches Muster zeigt sich – überraschend – auch in Italien. Giorgia Meloni, lange Zeit als ideologische Verbündete Trumps wahrgenommen, hat jüngst demonstrativ Distanz gesucht. Ihre politische Herkunft im nationalkonservativen Spektrum hätte eine engere Anbindung nahegelegt. Doch die Realität zwingt zur Korrektur. Trumps Drohungen mit Strafzöllen, seine außenpolitische Eskalationsrhetorik und nicht zuletzt Angriffe auf Papst Leo XIV. trafen in Italien auf breite Ablehnung.

Gerade in einem Land, in dem religiöse Autorität und öffentliche Meinung eng verwoben sind, erwies sich die Parteinahme für den Papst als politisch geboten. Melonis Kurswechsel erscheint dabei weniger als ideologischer Bruch denn als pragmatische Anpassung an veränderte Stimmungen. Ihre Regierung folgt damit einem klassischen Muster europäischer Machtpolitik: Prinzipien werden dort betont, wo sie politisch tragen.

Diese parallelen Entwicklungen verweisen auf eine tiefere Verschiebung. Trumps Attraktivität als Symbolfigur eines selbstbewussten Nationalismus schwindet in Europa. Während rechte Parteien ihn einst als Katalysator betrachteten, wächst nun die Erkenntnis, dass seine Nähe wahlpolitisch belastend sein kann. Selbst Figuren wie Nigel Farage äußern zunehmend Distanz. In Deutschland wird er aus Kreisen der Alternative für Deutschland kritisch gesehen, und in Frankreich mehren sich ähnliche Töne im Umfeld des Rassemblement National.

Die Gründe sind vielschichtig. Trumps wirtschaftspolitische Drohungen treffen exportorientierte Volkswirtschaften empfindlich. Seine außenpolitischen Entscheidungen, insbesondere militärische Eskalationen, stoßen auf breite Skepsis in einer traditionell vorsichtigeren europäischen Sicherheitskultur. Hinzu kommt ein wachsendes Bewusstsein, dass innenpolitische Stabilität zunehmend von klarer Abgrenzung gegenüber externen Polarisierungsfiguren abhängt.



Die Entwicklung markiert keinen abrupten Bruch, sondern eine schrittweise Erosion politischer Zweckgemeinschaften. Europas politische Eliten reagieren dabei weniger ideologisch als opportunistisch. In einer Zeit fragmentierter Wählerschaften und volatiler Mehrheiten wird außenpolitische Positionierung zum Instrument innenpolitischer Konsolidierung.

Dass ausgerechnet ideologische Gegenspieler wie Sánchez und Meloni denselben taktischen Schluss ziehen, verdeutlicht die Reichweite dieser Dynamik. Die transatlantischen Beziehungen bleiben bestehen – doch ihre politische Instrumentalisierung hat sich grundlegend gewandelt.

Nervenzentrum der Weltwirtschaft: Der Machtkampf um die Straße von Hormus spitzt sich zu

Die jüngste Eskalation im Persischen Golf verdeutlicht einmal mehr die fragile Sicherheitslage an einem der strategisch wichtigsten Nadelöhre der globalen Energieversorgung. Die Festsetzung zweier Frachtschiffe durch die iranischen Revolutionsgarden nahe der Straße von Hormus markiert eine neue Stufe in der Konfrontation zwischen Teheran und Washington – und wirft zugleich Fragen nach der Zukunft diplomatischer Bemühungen auf.

Die Entscheidung des US-Präsidenten Donald Trump, eine Waffenruhe mit dem Iran zu verlängern, während gleichzeitig die wirtschaftliche Blockade bestehen bleibt, illustriert die widersprüchliche Strategie der Vereinigten Staaten. Einerseits signalisiert Washington Gesprächsbereitschaft, andererseits bleibt der ökonomische Druck zentraler Bestandteil der Iran-Politik. Die Reaktion Teherans – die demonstrative Kontrolle über maritime Handelsrouten – ist vor diesem Hintergrund kaum überraschend.

Maritime Machtdemonstration als geopolitisches Instrument

Die Straße von Hormus, durch die rund ein Fünftel des weltweit gehandelten Erdöls transportiert wird, ist seit Jahrzehnten ein geopolitischer Brennpunkt. Die jüngsten Vorfälle zeigen, wie stark sich die Auseinandersetzung zwischen den USA und Iran zunehmend auf



den maritimen Raum verlagert. Während Washington seine militärische Präsenz verstärkt und wirtschaftliche Hebel nutzt, setzt Teheran gezielt auf asymmetrische Mittel, um seine strategische Position auszuspielen.

Die Beschlagnahmung von Schiffen dient dabei nicht nur als Druckmittel, sondern auch als innenpolitisches Signal der Stärke. Für die iranische Führung ist es essenziell, gegenüber der eigenen Bevölkerung Handlungsfähigkeit zu demonstrieren – insbesondere angesichts anhaltender wirtschaftlicher Schwierigkeiten infolge internationaler Sanktionen.

Regionale Spannungen und globale Auswirkungen

Parallel zu den Entwicklungen im Golf verschärfen sich auch andere Konfliktherde im Nahen Osten. Angriffe entlang der Grenze zwischen Israel und Libanon gefährden eine ohnehin fragile Waffenruhe. Gleichzeitig erhöht der wirtschaftliche Druck auf den Irak – etwa durch die Einschränkung von Dollartransfers seitens der USA – die politische Instabilität in der Region.

Die globalen Märkte reagieren entsprechend nervös. Industriestaaten bemühen sich verstärkt um die Sicherung von Ölreserven, was insbesondere für energieabhängige Entwicklungsländer das Risiko von Versorgungsengpässen erhöht. Die geopolitische Unsicherheit droht somit, sich zu einer wirtschaftlichen Krise auszuweiten.

Pakistanische Vermittlungsversuche deuten zwar auf ein fortbestehendes Interesse an einer diplomatischen Lösung hin. Doch die verhärteten Positionen beider Seiten lassen kurzfristig wenig Spielraum für Fortschritte erkennen. Die Straße von Hormus bleibt damit nicht nur ein geographischer Engpass, sondern auch ein Symbol für die Blockade internationaler Diplomatie.

SONSTIGE NACHRICHTEN

Bei einer nationalen Unabhängigkeitsfeier ehrte die **israelische Regierung** einen Rabbiner, der dazu aufgerufen hat, den Gazastreifen „dem Erdboden gleichzumachen“.

Papst Leo erklärte bei einem Gefängnisbesuch in Äquatorialguinea gegenüber Insassen, sie sollten selbst in der Verzweiflung Hoffnung finden, denn „das Leben wird nicht allein durch die eigenen Fehler bestimmt“.



Südkorea teilte mit, dass ein Absturz eines Kampffjets im Jahr 2021 darauf zurückzuführen sei, dass Besatzungsmitglieder mit ihren Mobiltelefonen Fotos und Videos aufgenommen hatten.

Ein Erdbeben der Stärke 7,4 erschütterte **Japan** in dieser Woche. Experten warnen, dass ein „Megabebe“ folgen könnte.

Lufthansa plant, in den kommenden sechs Monaten 20.000 Flüge zu streichen, um Treibstoff zu sparen.

Das neue KI-Modell „Mythos“ des Unternehmens **Anthropic** gilt als zu gefährlich für eine breite Veröffentlichung. Einige Unternehmen und Regierungen haben bereits frühen Zugang - und sie stammen alle aus den USA oder Großbritannien.

Moskau droht Bewohnern der besetzten ukrainischen Stadt **Mariupol** mit Zwangsräumung, falls sie keine russischen Eigentumsnachweise erwerben.

Christine Macha